

Es gilt das gesprochene Wort.

Neujahrsempfang der Universitätsstadt Tübingen
Freitag, 22. Januar 2016

Neujahrsrede von Oberbürgermeister Boris Palmer

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
geschätzte Ehrengäste, liebe Tübingerinnen und Tübinger,

auf den Tag genau vor 53 Jahren haben Charles de Gaulle und Konrad Adenauer den Elysee-Vertrag unterzeichnet, auf den die einzigartige deutsche-französische Freundschaft gegründet ist. Jacques Chirac und Gerhard Schröder haben vereinbart, an diesem Datum einen deutsch-französischen Tag zu feiern. Ich hatte gehofft, zur Feier dieses Tages einen treuen Gast unseres Neujahrsempfangs, den französischen Generalkonsul, begrüßen zu dürfen. Leider wurde er kurzfristig nach Paris gerufen. Das ist sehr schade, aber es fügt sich umso besser, dass wir quasi eine ständige Vertretung der République Française in Tübingen haben:

Unser gemeinsames Institut Culturel Franco-Allemand ist ein wahres Kleinod, ein Ort der deutsch-französischen Freundschaft. Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, durch eine Verdoppelung des Zuschusses der Stadt das Institut und die Tradition zu erhalten, dass es von einem Direktor aus dem französischen Staatsdienst geleitet wird. So kann ich heute als Vertreter Frankreichs Herrn Matthieu Osmont begrüßen.

Herr Osmont, seit nunmehr zwei Jahren leisten Sie hervorragende Arbeit und wir sind dankbar für viele großartige Veranstaltungen mit Gästen aus Frankreich, die Sie bereits möglich gemacht haben. Auch heute diskutieren prominente Gäste um 20.30 Uhr im Institut über Deutschland, Frankreich und Europa. Dem Institut haben wir es daher zu verdanken, dass ich heute erstmals eine Vorsitzende einer europäischen Parlamentsfraktion bei einem Neujahrsempfang der Stadt begrüßen darf: herzlich willkommen, Rebecca Harms. Falls Ihnen die Brezeln nachher zu trocken sind oder meine Rede nicht genug Gesprächsstoff geliefert hat, können Sie also nachher auch zum Institut am Österberg wechseln.

Meine Damen Herren, blicken wir zurück auf das Jahr 2015, so kommt uns unweigerlich Paris in den Sinn. Als ich hier vor einem Jahr zu Ihnen sprach, standen wir alle noch unter dem Eindruck der Morde in der Redaktion von Charlie Hebdo. Im November schlug der IS-Terrorismus nur wenige Straßen weiter noch grausamer zu. Scheinbar wahllos wurden über 120 Menschen in Bars, Cafés und Konzerthallen gejagt und ermordet. Die Terroristen hatten nur ein Ziel: unsere freiheitlich-demokratische, pluralistisch-tolerante Lebensweise. Sie zu verteidigen, wird auch Polizei und Soldaten erfordern, vor allem

aber müssen wir den Einschüchterungsversuchen widerstehen und unsere Werte leben. Ich war sehr froh, bei meinem Besuch in Paris vor sechs Wochen zu sehen, dass unsere französischen Freunde das tun. Das verdient Dankbarkeit und Anerkennung. Frankreich ist in der Tat eine Grande Nation. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wurden an der Bastille erkämpft. Heute werden sie dort verteidigt.

Seite 2 von 10

Paris Agreement

Völlig unbeeindruckt hat die französische Diplomatie nur wenige Tage nach den Anschlägen den Klimagipfel in Paris zum Erfolg gebracht. Der Vertrag von Kyoto aus dem Jahr 1997 galt nur für die Industrieländer, und die USA sind ihm nie beigetreten. Die weltweiten Emissionen von Klimagasen sind seither nicht gesunken, sondern um fast 40 Prozent angestiegen. Doch nun, nach vielen gescheiterten Anläufen, gibt es einen Vertrag, in dem sich die 196 Staaten der Welt auf das Ziel verpflichten, die Erwärmung der Erde zu stoppen. Ich halte das für den wichtigsten Fortschritt der Menschheit im letzten Jahr. Der Vertrag enthält viele bahnbrechende Neuerungen. Das Ziel, die Erwärmung der Erde nicht über zwei Grad ansteigen zu lassen und die Emissionen aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas komplett zu beenden, gehören dazu. Ebenso die Verpflichtung der Industriestaaten, jährlich 100 Milliarden Euro für den Aufbau klimafreundlicher Energiesysteme in den Entwicklungsländern bereitzustellen.

Der Pariser Vertrag setzt voll und ganz auf die Prinzipien Eigenverantwortung und Handeln vor Ort. Jeder Staat definiert für sich selbst ein Klimaschutzziel. Den Städten, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft wird bei der Umsetzung eine besondere Rolle zugeschrieben. Wenn wir in Tübingen blau machen, dann tun wir das in Zukunft nicht mehr nur aus eigenem Antrieb – wir sind Teil einer weltweiten Bewegung zum Schutz des Klimas.

Vielleicht machen Sie sich jetzt schon Sorgen, ob ich in meiner Begeisterung für Klimaschutz die Begrüßung der Ehrengäste vergessen habe. Da kann ich sie beruhigen. Es ist umgekehrt. Wenn schon der UN-Klimavertrag so große Stücke auf Stadtgesellschaften wie unsere hält, dann ist das ein guter Anlass, ihre Repräsentanten und Gäste zu begrüßen:

Begrüßungen

Liebe Ehrengäste, ich hoffe, Sie alle unterstützen unseren Beitrag zum Klimaschutzabkommen von Paris und machen in den kommenden Jahren kräftig blau. Wir brauchen Sie! Der Tübinger Gemeinderat hat exakt zum Beginn des Klimagipfels ein neues Ziel für unsere Klimaschutzinitiative formuliert. Wir haben die CO₂-Emissionen in unserer Stadt in den letzten acht Jahren um mehr als 20 Prozent reduziert. Für die kommenden acht

Jahre haben wir uns nun eine Reduktion um weitere 25 Prozent vorgenommen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir Klimaschutzprojekte umfassender und ehrgeiziger angehen.

Seite 3 von 10

• Unsere Stadtwerke haben vor einer Woche einen guten Start hingelegt: Sie haben den ersten Windpark auf der Alb in Betrieb genommen und werden dieses Jahr mehr als die Hälfte des gesamten Tübinger Stromverbrauchs in klimafreundlichen Kraftwerken erzeugen. Sie können diesen Weg noch weiter gehen, indem Sie selbst ihren Stromvertrag mit den Stadtwerken auf Ökostrom umstellen. Statistisch gesehen haben etwa 600 Menschen hier im Saal dazu noch immer die Möglichkeit. Wir können und müssen schon Anfang der 20er-Jahre drei Viertel unseres Strombedarfs aus klimafreundlichen Quellen decken.

In Paris habe ich auch von vielen guten Beispielen anderer Städte gelernt. Mailand hat in nur zehn Jahren die Zahl der Autos in der Stadt um 10 Prozent reduziert. Ganz wesentlich dabei war ein flächendeckendes Car-Sharing Angebot mit einer Flotte von 2.500 Fahrzeugen. Tübingen rangiert bundesweit zwar schon unter den drei Städten mit dem besten Angebot, flächendeckend ist es aber nicht. Ich möchte dahin kommen, dass wir so viele Teilauto-Standorte wie Bushaltestellen im Stadtgebiet haben. Das sind rund 300. Dann würden wir für jeden ein Teilauto in einer Gehdistanz von fünf Minuten anbieten. Wie Mailand zeigt, macht man so für viele Menschen das eigene Auto entbehrlich.

Unsere größte Chance sind noch immer alte Gebäude. Hier ganz besonders die Heizungsanlagen. Die Hälfte ist mehr als 30 Jahre alt und verbraucht 50 Prozent mehr Brennstoff als nötig. Ich möchte daher ein neues Programm auflegen, mit dem wir Hausbesitzern die Gelegenheit geben, kostenlos ihre Heizung prüfen zu lassen und durch finanzielle Unterstützung möglichst viele Altanlagen auszutauschen.

Wenn wir es ernst meinen mit den Klimazielen, müssen wir auch bereit sein, neue und vielleicht sogar kühne Ideen zu prüfen. Dazu gehört für mich der Vorschlag, den Einstieg in den TüBus kostenfrei zu erlauben. Das ist meiner Meinung der einfachste und billigste Schritt zu Klimaschutz im Verkehr. Denn kostenfreier Nahverkehr kostet erstmal gar nichts. Richtig, die Einnahmen müssen durch Steuern ersetzt werden. Aber die Kosten für die Fahrten der Busse bleiben exakt gleich. Die Belastung aller Bürgerinnen und Bürger durch Steuern, Abgaben und Fahrgelder steigt nicht. Sie wird allerdings anders verteilt. Wer klimafreundlich das Auto stehen lässt und den Bus benutzt, spart Geld.

Sie sehen, Sie können sich in diesem und in den nächsten Jahren auf angeregte Debatten zu blauen Themen freuen. Ich selbst habe mir als guten Vorsatz für dieses Jahr

vorgenommen, „Tübingen macht blau“ wieder mit blauen Anzügen zu bewerben und bin schon auf der Suche nach passenden Stoffen.

Seite 4 von 10

Asyl

Meine Damen und Herren, in weltpolitisch ruhigeren Zeiten hätte ich nun sicher über die Eröffnung des Hotels an der Blauen Brücke, den anstehenden Spatenstich für eine weltweit einzigartige Biotech-Fabrik im Technologiepark, die Bedeutung des Au-Brunnens oder den Haushalt mit dem größten Investitionspaket der Stadtgeschichte gesprochen. Die Zeiten sind aber nicht ruhig. Wir müssen uns auch in Tübingen mit der Frage beschäftigen, wie wir die Asylkrise meistern können. Ich sage bewusst nicht „schaffen“. Schaffen tun wir im Schwäbischen schon immer.

Als ich letztes Jahr den Unterschied zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik zum roten Faden meiner Rede machte, haben viele von Ihnen mir anschließend gesagt, dass Ihnen das gut gefallen hat. Ich habe mich daher auf die Suche nach einem Philosophen gemacht, der es so gut wie Max Weber erlaubt, einen roten Faden für eine Neujahrsrede zu spinnen. Gelandet bin ich bei der Tugendethik des Aristoteles.

Für Aristoteles war die Tugend eine Frage von Maß und Mitte. Er lehrte, man müsse das Übermaß vermeiden. So solle man sich vor Tollkühnheit genauso hüten wie vor der Feigheit. Die Tugend zwischen diesen Extremen war für ihn die Tapferkeit, heute würden wir vielleicht Entschlossenheit sagen.

Friedemann Schulz von Thun hat diese Theorie etwas erweitert und darauf sein Wertequadrat gesetzt. Jede Tugend hat demnach eine Schwestertugend, und zu beiden gibt es Übertreibungen, die ganz und gar von übel sind. Ein im Schwäbischen besonders leicht verständliches Beispiel sind Sparsamkeit und Großzügigkeit. Wer es mit der Sparsamkeit übertreibt, wird von Geiz zerfressen und sollte generöser werden. Wer hingegen gar zu großzügig ist, wird sich ruinieren und sollte sparen üben.

Wenden wir diese Überlegung auf die aktuelle Debatte über Flüchtlinge in unserem Land an, so können wir über manche Schwestertugend nachdenken: Für unsere Gesellschaft suchen wir das richtige Maß zwischen Hilfsbereitschaft und Eigennutz. Weder sollten wir bis zur Selbstaufgabe gehen, noch unmenschlich handeln. Im Umgang mit den Flüchtlingen ist das richtige Maß an Rücksichtnahme und Klarheit erforderlich. Wir sollten niemanden in Watte packen, aber auch niemanden verletzen. Fremdenfeindlichkeit sollten wir ebenso vermeiden wie Multikulti-Illusionen, benötigt werden Toleranz und eine verbindliche Werteordnung, aus der klare Integrationsforderungen hervorgehen.

Für die öffentliche Debatte über die Flüchtlingspolitik scheint mir entscheidend, dass wir eine Balance zwischen Realismus und Empathie finden. Wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir real vorhandene Probleme und Konflikte in unserem Land ausklammern oder klein reden. Wir dürfen aber auch nicht in kaltherzige Gleichgültigkeit verfallen und uns achselzuckend damit abfinden, dass viele Tausend Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrinken.

Seite 5 von 10

Wir Deutsche haben eine besondere Verantwortung für Flüchtlinge, weil wir im zweiten Weltkrieg durch die Vernichtungsmaschinerie der Nazis Millionen von Menschen zur Flucht gezwungen haben. Das Recht auf Asyl in unserer Verfassung ist ein Grundwert, den wir nicht aufgeben können. Der Wohlstand, den wir genießen, beruht auch darauf, dass Milliarden von Menschen in bitterer Armut leben, der manche zu entfliehen versuchen. Und wenn derzeit die meisten Flüchtlinge aus Afghanistan, dem Irak und Syrien kommen, dann sind das Regionen, in denen der Westen Krieg gegen den Terror geführt und dabei trotz militärischer Siege kaum etwas gewonnen hat. Dass deutsche Waffentechnik in nahezu allen Konflikten weltweit eine Rolle spielt, lädt ebenfalls Verantwortung auf uns. Hilfe für die Menschen, die vor Bomben auf ihre Häuser fliehen, ist nicht nur ein Akt der Barmherzigkeit. Es ist eine Menschenpflicht.

In unserer Stadt empfinden das sehr viele Bürgerinnen und Bürger so, und sie handeln danach. Die Schwierigkeiten, mit der großen Zahl der Flüchtlinge klarzukommen, haben vor allem die staatlichen Organisationen. Die Zivilgesellschaft hingegen ist so stark, dass wir bis heute gar nicht alle Hilfsangebote abrufen können. Was wir bisher geschafft haben, verdanken wir ganz wesentlich diesen freiwilligen Helferinnen und Helfern. Dafür möchte ich Ihnen ganz herzlich Dank sagen.

Sie alle hätten heute eine Auszeichnung verdient. Weil das nicht möglich ist, möchte ich stellvertretend für alle anderen heute zwei Menschen die Bürgermedaille der Stadt überreichen.

Eva Arnold-Schaller koordiniert den Arbeitskreis Asyl der Tübinger Stiftskirche, ist Vorsitzende des Stiftskirchengemeinderats und außerdem Notfallseelsorgerin. 1993 hat sie den Arbeitskreis Asyl mitbegründet, der mittlerweile vor allem in der Gemeinschaftsunterkunft in der Ernst-Bloch-Straße aktiv ist. Der Arbeitskreis betreut und berät Flüchtlinge und Asylbewerber. Die Ehrenamtlichen begleiten sie zu Ärzten und Behörden, bieten Freizeitaktivitäten an und helfen beim Deutschlernen und bei den Hausaufgaben. Im Einzelfall leistet der Arbeitskreis Asyl auch finanzielle Unterstützung. Liebe Frau Arnold-Schaller, ich danke Ihnen für zwei Jahrzehnte außergewöhnliche Arbeit in der Flüchtlingshilfe in Tübingen!

Während Frau Arnold-Schaller ihre Arbeit eher ohne die Aufmerksamkeit der Medien gemacht hat, ist das Arztmobil für Flüchtlinge durch die intensive Berichterstattung im Rahmen der Weihnachtsspendenaktion des Schwäbischen Tagblatts wohl allen hier im Saal schon bekannt. Ich finde, es ist ein Riesen-Kompliment an unsere Bürgerschaft, dass noch nie so viel gespendet wurde wie für dieses Projekt. Offenbar hat der gute Zweck Sie genauso überzeugt wie mich. Das Problem, dass Flüchtlinge sich nicht bei uns auskennen und deswegen sehr häufig Rettungsdienste und Kliniken beanspruchen, wo ein einfacher Arztbesuch völlig ausreichend wäre, wurde mit der großen Zahl von Flüchtlingen zu einer echten Belastung für das medizinische Personal. Das Arztmobil löst das Problem auf intelligente Weise. Es hilft damit sowohl den Flüchtlingen als auch den Helfern, und es vermeidet Konflikte. Meines Wissens ist das Tübinger Arztmobil trotzdem das erste seiner Art. Offensichtlich brauchte es jemand, der diese einfache, aber geniale Idee hat. Dafür möchte ich heute Dr. Lisa Federle danken.

Überreichung der Bürgermedaille der Universitätsstadt Tübingen

Meine Damen und Herren, ich bin mir sehr sicher, dass hier im Saal und in unserer Stadt eine große Mehrheit dafür plädiert, dass wir noch mehr für Flüchtlinge tun können. In ganz Deutschland ist aber schon eine Mehrheit von 60 Prozent der Auffassung, dass Deutschland keine zusätzlichen Flüchtlinge mehr aufnehmen kann. Im Sinne der Aristotelischen Tugendethik können wir das akzeptieren, ohne die kritischen Stimmen auszugrenzen. Wir müssen Mitgefühl und Hilfsbereitschaft in die richtige Balance mit Realismus und Selbstschutz bringen. Wir müssen sachlich miteinander reden und anderen eine andere Haltung zugestehen als uns selbst. Wer Sorgen um den Arbeitsplatz, eine bezahlbare Wohnung oder die Sicherheit auf den Straßen hat, sollte trotzdem niemanden als Gutmensch abqualifizieren. Wer noch lange keine Grenzen für Deutschlands Flüchtlingshilfe sieht, tut gut daran, Ängste und Sorgen anderer als real und nicht nur eingebildet zu akzeptieren.

Leider prägen die Debatte aber die Extreme und Übertreibungen. Im Herbst dominierte noch eine euphorische Willkommensbegeisterung, seit den Kölner Ereignissen schlägt das Pendel erschreckend in Richtung Abschottung und Fremdenfeindlichkeit um. Ich möchte versuchen, die Krise, in der wir stecken, stattdessen möglichst nüchtern in drei Thesen zu beschreiben:

1. Europa steht auf dem Spiel.

Sie alle haben es in den Nachrichten gelesen: Nachdem selbst Schweden erklärt hat, keine weiteren Flüchtlinge mehr aufnehmen zu können, hat nun auch Österreich beschlossen, eine Obergrenze für Asyl einzuführen. Deutschland steht mit der Willkommenspolitik für Flüchtlinge jetzt vollkommen alleine da.

Die Osteuropäer haben sich von Anfang an verweigert, Großbritannien hat ein Limit von 30.000 Kriegsflüchtlingen gesetzt, Frankreich macht unter dem Druck von Le Pen und islamistischem Terror dicht, Spanien kämpft mit 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, Italien, die Balkanstaaten und Griechenland sind bereits überfordert. Das von Deutschland durchgesetzte Programm, 160.000 Flüchtlinge umzuverteilen, ist faktisch gescheitert. Aufgenommen wurden tatsächlich nur 400.

In dieser Lage ist die oft vehement vorgetragene Forderung, Europa müsse uns Deutschen helfen, Flüchtlinge aufzunehmen, hinfällig. Das kann man bedauern oder kritisieren, aber nicht ändern. Wir haben die Aufgabe, Flüchtlingen zu helfen und Europa zusammenzuhalten. Im Sinne von Aristoteles müssen wir den richtigen Mittelweg finden. Nach Lage der Dinge heißt das: Deutschland erklärt sich weiterhin bereit, mehr Flüchtlinge aufzunehmen als alle anderen EU-Staaten zusammen. Zugleich wirkt Deutschland aber auch daran mit, die EU-Außengrenzen zu sichern, Milliarden für die Hilfe vor Ort zu zahlen und die Flüchtlingszahlen auf ein für die EU verträgliches Maß zu verringern.

2. Das Vertrauen in den Staat ist in Gefahr.

Sie haben es heute in der Zeitung gelesen: In einer Umfrage liegt die AfD fast gleichauf mit der SPD bei 13 Prozent. Das haben weder die SPD noch unser Land verdient. Mich bestürzt das sehr. Schon vor Monaten habe ich in vielen Gesprächen gespürt, dass besonders diejenigen, die hart arbeiten, aber wenig verdienen oder auf staatliche Fürsorge angewiesen sind, die Flüchtlingskrise als Gefahr für sich selbst begreifen. Die Zustimmung zur AfD ist in erster Linie ein Anzeichen für einen Verlust des Vertrauens in die Handlungsfähigkeit des Staates und die Lösungskompetenz der Parteien.

Und leider kann man nicht mehr bestreiten, dass wir in der Asylfrage teilweise die Kontrolle verloren haben. In Deutschland wurden im letzten Jahr mehr als eine Million Flüchtlinge registriert. Das zuständige Bundesamt hat aber nur 450.000 Asylanträge entgegengenommen und nur 280.000 Entscheidungen getroffen. Das heißt, die Hälfte aller Flüchtlinge konnte noch nicht mal einen Antrag stellen. Das Bundesamt muss noch über fast eine Million Asylanträge von Menschen entscheiden, die bereits im Land sind. Dafür wird die Behörde voraussichtlich zwei Jahre brauchen.

Diese Situation stellt uns und die Flüchtlinge vor große Probleme. Wenn die Verfahren so lange dauern, ist es selbst nach einer Ablehnung für eine Rückkehr oft schon zu spät. Und für die Asylbewerber, die anerkannt werden, ist die lange Wartezeit nicht nur ein psychisches Problem. Sie finden auch kaum Arbeit oder Ausbildung und haben keinen Anspruch auf Integrationskurse.

Die schlimmste Konsequenz der Überforderung der Bundesbehörden haben wir in der Neujahrsnacht von Köln gesehen. Der Überblick, wer sich im Land aufhält, ist uns verlorengegangen. Weder Polizei noch Sozialarbeiter haben die Lage im Griff.

Seite 8 von 10

Mit Aristoteles: Wenn wir die Akzeptanz für die Flüchtlingshilfe in unserer Gesellschaft erhalten wollen, dann müssen wir auch bereit sein, gegen Missbrauch des Asylrechts vorzugehen und nicht Asylberechtigte in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Der Bund muss es schaffen, sein eigenes Bundesamt so auszustatten, dass Asylanträge entschieden sind, bevor die Integrationsaufgabe in den Kommunen beginnt. Nur ein funktionierender Staat kann dauerhaft Flüchtlingshilfe leisten.

3. Geld spielt eine Rolle.

Menschenleben kann man nicht in Geld aufwiegen. Richtig. Aber richtig ist auch: Geld kann man nur einmal ausgeben. Auch das ist ein Spannungsverhältnis, in dem wir die Mitte finden müssen. Man sieht dies derzeit vor allem an der Unterbringung der Flüchtlinge. Die große Mehrzahl ist in Hallen und Kasernen untergebracht. In Teilen ist das die Ursache für Gewalt unter den Flüchtlingen. Ganz sicher kann man sich so nicht integrieren. In Tübingen haben wir in der Kreissporthalle und der Shedhalle 600 Plätze für Flüchtlinge geschaffen. Bleibt es bei den hohen Zugangszahlen, so werden wir vermutlich drei bis vier Jahre brauchen, um die Hallen frei zu machen. Ein Problem für die Flüchtlinge, für den Sport und die Kultur.

Spätestens nach zwei Jahren Aufenthalt sind die Städte und Gemeinden für die Unterbringung von Asylbewerbern zuständig. Im Jahr 2015 hat sich das bereits deutlich bemerkbar gemacht: Die Stadtbevölkerung ist stärker gewachsen als je zuvor, nämlich um 1.609 Einwohner. In diesem Jahr müssen wir in Tübingen 400 bis 800, im nächsten Jahr voraussichtlich bis zu 1000 Flüchtlinge mit Wohnraum versorgen. Der Gemeinderat wird dazu schon im Februar neun Bebauungsplanverfahren auf einmal starten – so viele wie sonst in einem ganzen Jahr. Obwohl wir nur zehn Quadratmeter Wohnfläche pro Kopf vorsehen, müssen wir in kurzer Zeit Investitionen von 25 Millionen Euro stemmen. Bundesweit lässt sich ein Investitionsbedarf von 25 Milliarden Euro für Flüchtlingsunterbringung errechnen. Der Bund beteiligt sich an diesen Kosten mit 500 Millionen Euro. Vorsichtig gesagt: Das reicht nicht aus.

Ich halte es daher für notwendig, dass die Politik sich der Frage stellt, wer das bezahlen soll. Der Bundesfinanzminister hat einen Aufpreis auf Benzin in ganz Europa vorgeschlagen. Die Reaktionen waren nicht sehr verständnisvoll. Den Soli umzuwidmen, hat in Umfragen die Gegnerschaft von 80 Prozent der Deutschen provoziert. Wenn es nicht gelingt, die Finanzierung zu klären, besteht die Gefahr, dass die Zeche von denen be-

zahlt wird, die auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Wir dürfen einfach nicht zulassen, dass das Einwohnerwachstum zu offener Wohnungsnot in unserer Stadt führt.

Seite 9 von 10

Viele Kommunen werden ihre Angebote drastisch einschränken müssen, wenn es nicht gelingt, sie weitgehend von den Kosten der Flüchtlingsunterbringung zu entlasten. Auch wir in Tübingen müssten unser Investitionsprogramm schon im nächsten Jahr deutlich zurückfahren. Davor darf man nicht die Augen verschließen, sonst entstehen erhebliche gesellschaftliche Spannungen auf dem Rücken der Flüchtlinge und der Schwachen in unserem Land.

Das hört sich alles andere als hoffnungsvoll an, das ist mir wohl bewusst. Ich möchte daher ganz bewusst einen Ausblick auf die Chancen, die in der Zuwanderung so vieler junger Menschen stecken, an das Ende meiner Rede stellen. In der Tat braucht die deutsche Wirtschaft in den kommenden Jahren dringend Arbeitskräfte. Wir müssen pro Jahr eine Nettozuwanderung von ungefähr 500.000 Personen erreichen, sonst geht unseren Betrieben der Nachwuchs aus.

Was wir jetzt brauchen ist, eine Agenda 2020, die Asyl und Einwanderung klug verbindet. Das wird oft in einen Topf geworfen, ist aber grundverschieden. Für das Asylrecht spielen Qualifikationen keine Rolle, entscheidend ist allein die Hilfsbedürftigkeit. Mit Einwanderung ist es umgekehrt: Da sucht das Einwanderungsland gezielt die Menschen aus, die gebraucht werden. Nüchtern betrachtet hat die Mehrzahl der Flüchtlinge derzeit keine Qualifikationen für den hiesigen Arbeitsmarkt. Für sie gewähren wir Nothilfe und Schutz, allerdings mit dem Ziel, nach dem Ende kriegerischer Auseinandersetzungen in ihr Heimatland zurückzukehren.

Zugleich sollten wir aber allen Flüchtlingen, die hier bleiben wollen, eine Chance geben. Wer durch Qualifikation, Leistungsbereitschaft und Integrationswillen einen regulären Arbeitsplatz in Deutschland erhält, sollte unkompliziert von der Asylschiene auf einen Einwanderungsantrag wechseln können. Damit das gelingt, brauchen wir noch in diesem Jahr ein Einwanderungsgesetz.

In Verbindung mit dem absehbaren Bedarf an Arbeitskräften ist jeder Euro, den wir für Ausbildung und Integration von Flüchtlingen ausgeben, eine volkswirtschaftlich äußerst sinnvolle Investition. Wenn wir es richtig anstellen, legen wir auf diese Weise den Grundstein für den Wohlstand der kommenden Jahrzehnte. Dafür brauchen wir zigtausende von neuen Stellen für Sozialarbeiter, Deutschlehrer, Erzieherinnen, Hausmeister, aber auch in der Polizei, der Verwaltung und bei den Gerichten. Das ist ein nationaler Kraftakt, den wir nur mit einer ganz besonderen Anstrengung stemmen können. Unser Grundgesetz kennt dafür die Gemeinschaftsaufgabe, die immer zu 50 Prozent vom Bund

finanziert wird. Einwanderung und Integration sollten eine solche Gemeinschaftsaufgabe werden.

Seite 10 von 10

- Meine Damen und Herren, dieses Jahr beginnt anders als viele vorhergehende mit vielen Sorgen und Fragen, auch mit einer großen Unsicherheit über das, was uns erwartet. Lassen Sie mich deshalb meine besten Wünsche für Sie, Ihre Familien und Ihre Freunde mit einem Zitat aus Hölderlins Hymne „Patmos“ verbinden: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“ Lassen Sie uns in diesem Sinne die vor uns stehenden Aufgaben gemeinsam anpacken. Alles Gute für 2016!